Fachbereich 60

Schnelle Radwegeverbindung Coesfeld-Süd

20.05.2019

Protokoll der Bürgerversammlung vom 15.05.2019 im Sitzungssaal des Rathauses

Teilnehmer:

lt. beiliegender Teilnehmerliste

für die Stadt Coesfeld:

Thomas Backes, Erster Beigeordneter
Rudolph Berning, Fachbereich Ordnung und Soziales
Holger Ludorf, Fachbereich Planung, Bauordnung, Verkehr

Beginn: 18.00 Uhr

Verlauf / Ergebnisse

Begrüßung

Thomas Backes begrüßte die Anwesenden und führte in das Thema ein. Dabei ging er darauf ein, dass die Stadt das Ziel verfolgt, die Bürger möglichst frühzeitig zu beteiligen. Man stehe erst ganz am Anfang der Planung. Die Anregungen und Bedenken der Anlieger würden zunächst gesammelt und dann zur Beratung an die politischen Gremien weitergegeben. Im Übrigen seien auch Vertreter der politischen Parteien vor Ort und würden das Stimmungsbild direkt mitnehmen.

Allgemeines

Holger Ludorf erläuterte zunächst einige allgemeine Gesichtspunkte:

- Stand und Fortführung der politischen Beratung, Stand der Bürgerbeteiligung:
    - Beratung im Rat am 27.09.2018: Beschluss zur Bürgerversammlung
    - Offenlage vom 10.05.2019 bis einschließlich 10.06.2019
    - Bürgerversammlung am 15.05.2019
    - Vorberatung am 26.06.2019 im Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen
    - Entscheidung im Rat am 11.07.2019
- Förderung des Radverkehrs als Teil des Klimaschutzkonzeptes

Grundzüge der Planung

Anschließend stellte Holger Ludorf die Grundzüge der Planung anhand von Übersichtsplänen und Planausschnitten vor:

- Ausweisung der Anliegerstraßen im Zuge der Radwegeverbindung als Fahrradstraße, Vorstellung der StVO-Regelungen zur Fahrradstraße

- Verlauf der Radwegeverbindung über die folgenden Straßen:
    - Am Teigelkamp,
    - Erlenweg,
    - Weßlings Kamp,
    - Hüppelswicker Weg,
    - Am Roten Baum,
    - Eschstraße und
    - Meinertstraße.
- Geplante Weiterführung bis Lette
- Brauneinfärbung der Fahrbahn dort, wo ohnehin Asphaltarbeiten erforderlich werden, ansonsten Kenntlichmachung der Fahrradstraße durch Markierungen
- Vorfahrt für die Fahrradstraße gegenüber einmündenden und kreuzenden Straßen
- Situation in Teigelkamp und Erlenweg
- Rückbau des Wendehammers „Erlenweg“
- Führung im Wesslings Kamp und im Übergang in den Hüppelswicker Weg
- Markierung von Stellplätzen (versetzt angeordnet) im Hüppelswicker Weg
- Minikreisverkehr in der Kreuzung Druffels Weg/Hüppelswicker Weg
- Führung in der Kreuzung Grimpingstraße/Hüppelswicker Weg in zwei Varianten
- Führung in den verkehrsberuhigten Bereichen Am Roten Baum, Eschstraße und Meinertstraße, Ausweisung dieser Straßenabschnitte als Fahrradstraße

Diskussion, Anregungen und Bedenken

Die Diskussion lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Nachbarschaft unterstützt die Idee der Fahrradstraße, aber nur bis zur Kreuzung mit der Grimpingstraße. Die Ausweisung der heute verkehrsberuhigten Bereiche („Spielstraße“) als Fahrradstraße wird energisch abgelehnt. Die Nachbarschaft kann die Linienführung zwar grundsätzlich nachvollziehen, spricht sich aber unbedingt dafür aus, den Status quo für die verkehrsberuhigten Bereiche beizubehalten und dabei zu akzeptieren, dass Radfahrer wie bereits heute die Schrittgeschwindigkeit nicht unbedingt einhalten. Zu diesem Themenkomplex wurden die folgenden Argumente vorgebracht:
    - Der verkehrsberuhigte Bereich funktioniert heute wegen der vorhandenen geschwindigkeitsdämpfenden Gestaltung gut, die Fläche hat echte Aufenthaltsqualität, wird von den Anliegern vielfältig genutzt. Dies würde durch eine Fahrradstraße aufgegeben. Durch die Ausweisung als Fahrradstraße gilt automatisch eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Diese wird als nicht verträglich angesehen.
    - In diesem Zusammenhang wurde die Frage diskutiert, ob die zulässige Höchstgeschwindigkeit in einer Fahrradstraße gegenüber den vorgesehenen 30 km/h reduziert werden könne. Rudolph Berning erläuterte, dass die Fahrradstraße zwingend mit der Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gekoppelt sei.
    - Fußgänger dürfen in der Fahrradstraße nicht mehr die gesamte Verkehrsfläche nutzen, sondern müssen sich am Rand bewegen. Die Bereiche zwischen privaten Grundstücken und z.B. Baumscheiben seien aber eindeutig zu schmal für Fußgänger und insbesondere mobilitätseingeschränkte Personen. Daher sei die Bereitstellung einer Schutzzone in ausreichender Breite für Fußgänger nicht möglich.

- Die Straße würde durch die Ausweisung als Fahrradstraße ihren Aufenthaltscharakter verlieren. Sie könnte nicht mehr zum Verweilen dienen und zum Spielen genutzt werden. Auch für Nachbarschaftsfeste könnte sie nicht mehr wie im heutigen Maße genutzt werden.
- Die Ausweisung als Fahrradstraße würde aus Sicht der Nachbarschaft insgesamt zu einer Steigerung der Verkehrsbelastung führen und nur Vorteile für Autofahrer mit sich bringen. Angesprochen wurde in diesem Zusammenhang die Einbahnstraßenregelung in der Franz-Darpe-Straße, die zu einer zusätzlichen Verkehrssteigerung führen würde.

  Zu diesem Punkt ergänzte Holger Ludorf, dass am 11.05.2017 zwischen 7 und 9 Uhr in der Straße Am Roten Baum 17 Kfz und 117 Fahrräder gezählt wurden. Die Verkehrsbelastung ist damit insgesamt als sehr gering einzustufen. Es könne davon ausgegangen werden, dass es sich um reinen Anliegerverkehr handele.
- Insgesamt führe die Ausweisung als Fahrradstraße in Verbindung mit dem höheren Geschwindigkeitsniveau zu zusätzlichen Konfliktpunkten und einer Verringerung der Sicherheit insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmer. Als Beleg wurde eine Studie des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zitiert. Als Einzelpunkte wurden angesprochen: zu schmale Fahrbahn, zu schmale Parkplätze, Senkrechtparkstände, nicht nur reiner Anliegerverkehr. Zusätzlich angesprochen wurde ein erhöhtes Gefahrenpotenzial durch Senioren, die mit Pedelecs unterwegs sind.
- Kritisiert wurde die Übereckführung durch die Eschstraße. Aufgrund der schlechten Sichtverhältnisse seien hier Unfälle vorprogrammiert.

Die Nachbarschaft hatte ihre Argumente im Vorfeld der Versammlung ausführlich schriftlich dokumentiert und überreichte den Vertretern der Verwaltung Exemplare der Dokumentation.

2. Es wurde die Frage aufgeworfen, warum überhaupt eine zusätzliche Fahrradverbindung parallel zur Dülmener Straße für viel Geld ausgebaut werde. Die Dülmener Straße sei gerade erst umgestaltet worden. Zusätzlich wurde hinterfragt, warum gerade die vorgestellte Verbindung ausgebaut werden sollte und ob Alternativen geprüft wurden.

   Holger Ludorf erläuterte, dass in der Dülmener Straße eine Lücke im Radwegenetz geschlossen wurde. Natürlich seien auch durchgängige Radverkehrsanlagen entlang der Dülmener Straße erforderlich, um die anliegenden Grundstücke und Ziele (unter anderem auch ein großer Verbrauchermarkt) sicher mit dem Rad erreicht zu können. Die vorgestellte Verbindung über Anliegerstraßen mit ihrer nahezu durchgängigen vorfahrtberechtigten Führung ohne Lichtsignalanlagen biete aber eine ungleich höhere Qualität und führe auf direktem Weg zu den Zielen der Innenstadt. Eine alternative, gleichwertige Führung östlich der Dülmener Straße sieht die Verwaltung nicht. Dabei ist sie sich der Problematik, die mit der Führung durch die heutigen verkehrsberuhigten Bereiche verbunden ist, durchaus bewusst. Eine andere Führung abseits der verkehrsberuhigten Bereiche wird durch Radfahrer nach Ansicht der Verwaltung aber nicht angenommen werden, da diese extrem empfindlich auf Umwege reagieren und stattdessen den direkten Weg suchen werden. Gleiches gilt für Führungen westlich der Dülmener Straße. Diese bieten keine Alternative, sondern müssten für die westlich gelegenen Wohngebiete eher zusätzlich ausgebaut und als attraktive Radwegeverbindung angeboten werden.

   Thomas Backes ergänzte, dass die Kosten relativiert werden müssten und immer im Vergleich zu Maßnahmen für den Kfz-Verkehr bewertet werden müssten. Jedes Parkhaus sei z.B.um ein Vielfaches teurer als die vorgestellten Maßnahmen.

3. Auf Nachfrage bestätigte Thomas Backes, dass keine Kosten auf die Anlieger umgelegt werden.

4. Beim Rückbau des Wendehammers „Erlenweg“ sollte berücksichtigt werden, dass die Fläche weiterhin für die Müllabfuhr genutzt werden muss. Hier sagte die Verwaltung eine Prüfung zu.

Verabschiedung

Thomas Backes fasste abschließend den Verlauf der Veranstaltung kurz zusammen, bedankte sich für die umfangreiche Beteiligung, die detaillierte Aufbereitung des Themas durch die Nachbarschaft und den sachlichen Vortrag durch den Vertreter der Nachbarschaft.

Die Anwohner sprachen Verwaltung und anwesenden Politikern eine Einladung zum Ortstermin am 5. Juni aus. Thomas Backes wiederholte noch einmal die bereits zuvor geäußerte Auffassung der Vertreter der Verwaltung, dass die durch die Nachbarschaft vorgebrachten Argumente durchaus nachvollzogen werden könnten und dass diese nun zunächst geprüft würden und man dann auf die Nachbarschafft zukommen werde.

gez. Holger Ludorf

Anlagen:

Unterlagen, die auf der Bürgerversammlung vorgestellt wurden:

- Präsentation
- Lagepläne
- Argumentationspapier der Nachbarschaft